



REPUBLIK ÖSTERREICH
 DER BUNDESMINISTER FÜR
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
 MAG. VIKTOR KLIMA

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
 Tel. (0222) 711 62-9100
 Teletex (232) 3221155
 Telex 61 3221155
 Telefax (0222) 713 78 76
 DVR: 009 02 04

Pr. Zl. 18.046/1-4-1995

XIX. GP.-NR
 111 AB
 1995 -01- 30

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg. zu
 Böhacker und Kollegen vom 30. November 1994,
 Zl. 100/J-NR/1994 "Salzburger Bahnhofsvorplatz"

100 15

Zu Ihren Fragen 1, 2, 3, 4, und 5:

"Was bedeutet konkret die Aussage "der Bund hat Bereitschaft signalisiert, 100 Mio. Schilling zu zahlen"? Entspricht diese Aussage des Salzburger Bürgermeisters den Tatsachen?

Wann ist mit einer endgültigen Entscheidung hinsichtlich einer Mitfinanzierung des Bundes bei den Mehrkosten der Lokalbahn-Tieferlegung zu rechnen?

Gibt es in dieser Frage entsprechende Absprachen mit dem Finanzminister?
 Wenn ja, wie lautet das Ergebnis?

In einer Anfragebeantwortung (6879/AB zu 6976/J; 18. GP) sagt Finanzminister Lacina zu dieser Frage, "daß das Land und die Stadt Salzburg dem Bund bei anderen offenen Problemen entgegenkommen". Um welche offenen Fragen und Probleme handelt es sich dabei und gibt es in dieser Richtung bereits Zusagen durch Stadt und Land Salzburg?

Bedeutet diese Aussage Lacinas, daß zwar der Bund - und somit auch das Verkehrsministerium - sich an den Mehrkosten der Lokalbahn-Tieferlegung beteiligen, dafür aber andere Investitionsvorhaben im Verkehrsbereich zurückgestellt werden? Wenn ja, welche?"

Mit Schreiben vom 6. 12. 1994 haben die Salzburger Stadtwerke nunmehr einen Antrag auf Ergänzung des bestehenden Investitionsübereinkommens zur Kostentragung "Tieferlegung Bahnhofsvorplatz" an mein Ressort übermittelt, das von meinen Beamten derzeit geprüft wird. Nach Abschluß dieser Arbeiten, die bis Mitte Jänner zu erwarten sind, wird - wie vereinbart - ein entsprechendes Schreiben mit dem die Ausfinanzierung der Mehrkosten zwischen dem Bund und der Stadt Salzburg vereinbart werden soll, an den Bundesminister für Finanzen gerichtet.

Wien, am 26. Jänner 1995

Der Bundesminister